JAHRESABSCHLUSS

zum

31.12.2021

BürgerEnergiegenossenschaft Heilbronn eG Heilbronn

1. Bilanz zum 31. Dezember 2021

	AKTIVSEITE	2021 €	2021	2020 €
A.	Anlagevermögen			
1.	Immaterielle Vermögensgegenstände		1,00	1,00
II.	Finanzanlägen Beteiligungen Wertpapiere des Anlagevermögens	1.656.854,00 111.893,85	1.768.747,85	1.656.854,00 39.272,54
2,	Anlagevermögen insgesamt	6	1.768.748,85	1.696.127,54
В.	Umlaufvermögen			
l.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1,	Sonstige Vermögensgegenstände		8,539,15	0,00
)). 1.	Flüssige Mittel Guthaben bei Kreditinstituten	,	23.313,24	87.296,53
	Bilanzsumme	i	1.800.601,24	1.783.424,07

	PASSIVSEITE	2021 €	2021 €	2020 €
A.	Eigenkapital			
1.	Geschäftsguthaben			
1.	der mit Ablauf des Geschäftsjahres ausgeschledenen Mitglieder	53.400,00		16.500,00
2.	der verbleibenden Mitglieder	1.637.700,00		1.624.800,00
3.	aus gekündigten Geschäftsanteilen	0,00	1.691.100,00	53.700,00
1). 1,	Ergebnisrücklagen Gesetzliche Rücklage		3.500,00	2.500,00
	davon aus Jahresüberschuss Geschäftsjahr eingeste € 1.000,00 Vorjahr € 700,00	ellt:		
Ш.	Bilanzgewinn			
1.	Gewinnvortrag	1.708,20		704,50
2.	Jahresüberschuss	98.643,04		61.416,90
3.	Einstellungen in Ergebnisrücklagen	1.000,00	99,351,24	700,00
	Eigenkapital insgesamt		1.793.951,24	1.758.921,40
В.	Rückstellungen			
1.	Steuerrückstellungen	0,00		15.710,57
2.	Sonstige Rückstellungen	6.650,00	6.650,00	5.950,00
С	. Verbindlichkeiten			
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		0,00	2.830,10
2.			0,00	12,00
	Bilanzsumme		1.800.601,24	1.783.424,07

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom Januar bis 31. Dezember 2021

		2021	2020 €
1.	Sonstige betriebliche Erträge	317,23	403,67
2.	Rohergebnis	317,23	403,67
3.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	9,172,87	10,598,73
4.	Erträge aus Beteiligungen	117.647,06	89,182,36
5.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.431,50	759,00
6.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	12.579,88	18.329,40
7.	Ergebnis nach Steuern	98.643,04	61.416,90
8.	Jahresüberschuss	98.643,04	61.416,90
9.	Gewinnvortrag	1.708,20	704,50
10.	Minus de la companya des	1.000,00	700,00
11.	Bilanzgewinn	99.351,24	61.421,40

3. Anhang des Jahresabschlusses 2021

der BürgerEnergiegenossenschaft Heilbronn mit Sitz in Heilbronn eingetragen beim Genossenschaftsregister Stuttgart unter der Nummer GnR 720101

A. Allgemeine Angaben

- Vorliegender Jahresabschluss wurde nach den Regelungen des 3. Buches des HGB aufgestellt.
 Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.
- 2. Unsere Genossenschaft ist eine Kleinstkapitalgesellschaft i. S. d. § 267a HGB.
- Von den größenabhängigen Erleichterungen für kleine Kapitalgesellschaften wurde Gebrauch gemacht.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen ist zu den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen wurde zu Anschaffungskosten bewertet.

Rückstellungen

Die Bildung der Rückstellung erfolgte in Höhe des voraussichtlich notwendigen Erfüllungsbetrages. Die erwarteten künftigen Preis- und Kostensteigerungen wurden bei der Bewertung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden zu ihren Rückzahlungswerten angesetzt.

Die Fristigkeiten der Verbindlichkeiten sowie die zur Sicherheit gewährten Pfandrechte o. ä. Rechte stellen sich wie folgt dar:

N 11 W 11 - 12 -	Insgesamt	Davon					
Verbindlichkeiten	i, idgoodiii.			gesichert			
Bei den Angaben in Klammern handelt es sich um die Vorjahreszahlen		unter 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	e.	Art der Siche	
	€	€	€	€	€	rung	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00 (2.830,10)	0,00 (2.830,10)					
Sonstige Verbindlichkeiten	0,00 (12,00)	0,00 (12,00)					
Gesamtbetrag	0,00 (2.842,10)	0,00 (2.842,10)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)		

C. Sonstige Angaben

1. Mitgliederbewegung

Anfang	2021	179
Zugang	2021	16
Abgang	2021	3
Ende	2021	192

- 2. Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Laufe des Geschäftsjahres um € 12.900,00 erhöht.
- 3. Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

vbw Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. Herdweg 52/54, 70174 Stuttgart

4. Mitglieder des Vorstandes:

Δ	فتأما	nde	r N	cke

Bankkaufmann Master of science

Dominik Buchta

Geschäftsführer

5. Mitglieder des Aufsichtsrates:

Wilfried Hajek

Bürgermeister

(Aufsichtsratsvorsitzender)

Aufsichtsratsvorsitzender)

(stellvertretender

Tomislav Boras

Angestellter

Thomas Lang

Elektro-Meister

Ingo-Michael Greiner

Anwalt

Brigitte Trudow

Dipl.-Ingenieurin

Heilbronn, den 305.2022

Rechtliche Verhältnisse

Firma:

BürgerEnergiegenossenschaft Heilbronn e.G.

Sitz:

Heilbronn

Gründung:

am 18. Februar 2013

Registereintrag:

GnR 720101 Amtsgericht Stuttgart

am 26. Juni 2013

Satzung:

Beschlossen in der Mitgliederversammlung am

Februar 2013 mit Änderungen vom 19. Juni 2017.
 Eingetragen im Genossenschaftsregister am 20. Februar

2018.

Zweck und Gegenstand des Unternehmens:

(§ 2 der Satzung)

- (1) Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder.
- (2) Gegenstand des Unternehmens ist die Initiierung von Projekten zur Erzeugung erneuerbarer Energien auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene, die Beteiligung an Projekten zur Erzeugung erneuerbarer Energien und die Initiierung von Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien und des Klimaschutzes vor Ort und in der Region.
- (3) Die Genossenschaft kann Beteiligungen nach Maßgabe von § 1 Absatz 2 des Genossenschaftsgesetzes übernehmen.

Geschäftsanteil:

€ 300,00

(§ 37 Abs. 1 der Satzung)

Zahl der Pflichtanteile:

1

(§ 37 Abs. 3 der Satzung)

Nachschusspflicht:

Eine Nachschusspflicht der Mitglieder besteht nicht.

(§ 40 der Satzung)

Vorstand:

(§ 15 Abs. 1 der Satzung)

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Sie müssen Mitglied der Genossenschaft sein.

Aufsichtsrat:

(§ 22 Abs. 1 der Satzung)

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei, höchstens neun Mitgliedern, die von der Generalversammlung gewählt werden. Die Mitglieder des Aufsichtsrates müssen persönlich Mitglied der Genossenschaft sein.

Generalversammlung:

(§ 27 Abs. 1 der Satzung)

Die ordentliche Generalversammlung hat innerhalb der ersten sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres stattzufinden.

Veröffentlichungen:

(§ 47 Abs. 1 der Satzung)

Die Bekanntmachungen der Genossenschaft werden in der Heilbronner Stadtzeitung, Amtsblatt der Stadt Heilbronn, veröffentlicht.

Steuerliche Verhältnisse:

Steuerbescheide sind bis zum Veranlagungsjahr 2020 ergangen.

<u>Übersicht über die Verwaltungsorgane</u> (Stand zum Prüfungszeitpunkt)

Vorstand

Name und Vorname	Beruf	Mitgl	Best.vom	Wahldauer	Eingetragen	Amt in der Geschäftsführung
		Nummer	Aufsichtsrat am		in Reg. am	·
Nickel, Alexander	Bankkaufmann, Master of Science	103	08.12.2021	31.12.2024	27.01.2015	nebenamtl. Vorstand
Buchta, Dominik	Geschäftsführer	195	08.12.2021	31.12.2024	11.06.2019	nebenamtl. Vorstand

Anschrift der Geschäftsstelle:

Urbanstraße 10, 74072 Heilbronn

Aufsichtsrat

Anschrift des Aufsichtsratsvorsitzenden:

Am Gesundbrunnen 28, 74073 Heilbronn

Name und Vorname	Beruf	Mitgl	Gewählt in der	Wahl bis zur	Amt im Aufsichtsrat
		Nummer	Versammlung am	Versammlung	
				im Jahr	
Hajek, Wilfried	Bürgermeister	77	30.11.20	2023	Vorsitzender
Boras, Tomislav	Techniker	21	30.11.20	2023	stv. Vorsitzender
Lang, Thomas	Elektro-Meister	12	30.11.20	2023	
Greiner, Ingo-Michael	Anwalt	73	30.11.20	2023	Schriftführer
Trudow, Brigitte	Diplom-Ingenieurin	60	30.11.20	2023	stv. Schriftführerin

Erfolgsanalyse für die Jahre 2021 und 2020

Kapitaldienst

Fatalia.	2021	2020	Veränderungen
	€	€	€
Erträge Erträge aus Beteiligungen Aus sonstigen Wertpapieren des Umlaufvermögens Andere Zinsen und ähnliche Erträge	117.647,06	89.182,36	28.464,70
	2.431,50	0,00	2.431,50
	0,00	759,00	759,00
Überschuss /Vj: Überschuss	120.078,56 120.078,56	<u>89.941,36</u> <u>89.941,36</u>	30.137,20
Übrige Rechnung			
Estaños	2021	2020	Veränderungen
	€	€	€
Erträge	316,79	402,77	-85,98
der Auflösung von Rückstellungen	0,44	0,90	-0,46
Übrige ordentliche Erträge	317,23	403,67	-86,44
Überschuss	317,23	403,67	-86,44

Verwaltungskosten

	2021 €	2020 €	Veränderungen €
Sächliche Verwaltungsaufwendungen des Betriebes und des Unternehmens	504.20	0.00	405.50
Post- und Fernsprechkosten Büromaterial, Zeitschriften, Drucksachen,	504,30	8,80	495,50
Bücher u	12,96	40,23	-27,27
Sachversicherungen	1.062,07	1.062,07	0,00
EDV-Kosten	561,77	598,16	-36,39
Kosten für Veröffentlichungen	280,51	273,62	6,89
Prüfungs- und Beratungskosten	5.800,00	7.637,56	-1.837,56
Verbands- und andere Beiträge	519,50	545,00	-25,50
Kosten des Zahlungsverkehrs Sonstige sächlichen	361,55	349,99	11,56
Verwaltungsaufwendungen	70,21	83,30	-13,09
verwaltangsaarwendangen	9.172,87	10.598,73	-1.425,86
	-	191999119	1.120,00
Gesamt	9.172,87	10.598,73	-1.425,86
	19		
Steuern vom Einkommen und Ertrag			
	2021	2020	Veränderungen
	€	€	€
Steueraufwand			
Körperschaftsteuer	11.995,92	18.129,13	-6.133,21
Kapitalertragsteuer	583,96	200,27	383,69
	12.579,88	18.329,40	-5.749,52
Gesamt	12.579,88	18.329,40	-5.749,52

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend "Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.
- (2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsfürung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf außer bei betriebswirlschaftlichen Prüfungen der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.
- (3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen,

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Täligkeil des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.
- (2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

- (1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.
- (2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Außerung des Wirtschaftsprüfers

- (1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.
- (2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.
- (2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB. § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.
- (2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Dalenschutz beachten.

9. Haftung

- (1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haflungsbeschränkungen, insbesondere die Haflungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.
- (2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.
- (3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu_\ast
- (4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhällnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

- (5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs, 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben, Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio, € in Anspruch genommen werden, Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.
- (6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde, Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

- (2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.
- (3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.
- (2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.
- (3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:
- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

- (4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.
- (5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden. Sexemplar matsgeblich ist ausschließlich der Prüfungsbericht in Papierform

- (6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgahen erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags, Dies gilt auch für
 - a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
 - b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
 - c) die beratende und gutachtliche T\u00e4tigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerh\u00f6hung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsver\u00e4u\u00dferung, Liquidation und dergleichen und
 - d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.
- (7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsleuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Veraütuna

- (1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.
- (2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes leilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche allt nur deutsches Recht.